54. Jahrgang. № 292. Donnerstag, 21. Oktober 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2.50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3.50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäftl. Anzeigen auf der Privatseite (Zeile 50 Pf.); die mehrspaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Milch-Chocolade No. 600.** Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Schläuche Klappen Platten Ringe Schnüre Walzen Puffer Riemen aus **Gummi Guttapercha Asbest** fertigt in garantirt haltbaren Qualitäten **E. Böhme** Dresden Ferdinandstr. 13.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et. **Beleuchtungs-Gegenstände** für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Buchholz-Hüte Annenstrasse 28 Neu eröffnet: Wettinerstr. 21.

Rönisch Pianos K. S. Hoflieferant • Magazin: Dresden, Waisenhausstrasse 24.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, vielfach heiter, zeitweise neblig.

Heute abend sollen etwa 600 Brauereiarbeiter in Leipzig wegen des Bierkonsumrückganges entlassen werden.

Fürst und Fürstin Bülow nahmen gestern auf Einladung des Kaisers am Frühstück im Neuen Palais teil.

Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft beschloß, landwirtschaftliche Studienreisen in unsere Kolonien zu unternehmen.

In Ferrers Wohnung in Barcelona will man 49 Pakete mit Briefen und Dokumenten gefunden haben, die bewiesen, daß Ferrer eine allgemeine Revolution in Spanien vorbereitete.

Reichstagsabgeordneter Bassermann und die sächsischen Landtagswahlen.

Man muß gestehen, die Nationalliberalen sind betriebsam. Um für ihre Sache zu werben, haben sie sogar einen ihrer bedeutendsten Führer, der allerdings zu Sachsen selbst in gar keinen Beziehungen steht, herbeigerufen, der vorgestern, wie an anderer Stelle des Blattes bereits mitgeteilt, in längeren Ausführungen über die politische Lage gesprochen hat. Herr Bassermann hat sich seiner Aufgabe, als Heerrufer für die Nationalliberalen Sachsens aufzutreten, nicht ohne Geschick entledigt, hat sich auch von allzu scharfen Ausfällen gegen andere bürgerliche Parteien ferngehalten, aber er steht den innerpolitischen Verhältnissen hierzulande doch zu ferne, um richtig urteilen zu können. Er ließ denn auch den sächsischen Konservativen gegenüber bei Besprechung der Reichsfinanzreform jene objektive Gerechtigkeit vermissen, auf die sie im Urteil aller billig Denkenden vollen Anspruch haben. Mochte er die Haltung der preußischen Konservativen verurteilen, soviel er wollte, so hätte er doch anderseits gebührend hervorheben müssen, daß die sächsischen Konservativen sich mit ihrer zustimmenden Stellungnahme in der Erbschaftssteuerfrage durchaus im Einklang mit dem sächsischen Volkswillen befunden haben. Daß die sächsischen Konservativen, trotzdem die Erbschaftssteuer ohne ihre Schuld zu Falle kam, dennoch für das Gesamtwerk der Finanzreform gestimmt haben, muß ihnen als Zeichen nationaler Einsicht höher angerechnet werden, als die ablehnende Haltung der Liberalen, die ja sehr bequem und von parteitaktischen Gesichtspunkten aus recht vorteilhaft war, aber den dringendsten Bedürfnissen des Reiches nicht Rechnung trug. Die Partei des Herrn Bassermann war in diesem Falle jedenfalls weniger national, als liberal! Das Reich brauchte unter allen Umständen neue Einnahmen; die Pump- und Schuldenwirtschaft konnte auch nach reiflicher Ueberzeugung der verbündeten Regierungen unmöglich länger so weiter fortgehen und deshalb haben alle die patriotisch gehandelt, die trotz mancher Bedenken gegen diesen und jenen Fehler der Finanzreform in ihrer endgültigen Fassung dennoch für sie eingetreten sind, ohne Furcht vor den Konsequenzen. „Wir halten die Finanzreform für ein stümperhaftes Werk", so sagte Herr Bassermann in seiner Rede. Er begründete dieses Urteil mit der Bemerkung, daß die ursprüngliche Fassung der Regierungsvorlage, die einen „gerechten und sozial richtigen Aufbau" gehabt hätte, nicht Gesetz geworden sei. Auch wir hätten es, wie an dieser Stelle oft genug betont, lieber gesehen, wenn die Reichsfinanzreform in der Regierungsform verabschiedet worden wäre. Herr Bassermann hat sich aber mit beneidenswerter Eleganz um die Beantwortung der Frage herumgedrückt, weswegen das nicht geschehen ist. Wer an diese Frage ohne Voreingenommenheit herantritt, wird zugestehen müssen, daß hieran die Liberalen mindestens die gleiche Schuld wie die preußischen Konservativen tragen. Sie waren es, die gegenüber der Bewilligung indirekter Reichssteuern in ausreichendem Maße eine zweideutige Haltung beobachteten und dadurch die rechte Seite des Hauses stutzig machten. Ja, einige Linksliberale haben es seinerzeit sogar offen ausgesprochen, daß eine absolute Garantie für ihre Zustimmung zu den indirekten Steuern selbst dann nicht gegeben sei, wenn die Konservativen für die Erbanfallsteuer eintreten würden.

Dies alles hat Herr Bassermann wohlweislich verschwiegen. Die „Aufklärung", die er bringen wollte, war also recht einseitig auf den liberalen Geschmack zugeschnitten. Er hätte sonst auch zugeben müssen, daß die Reichsfinanzreform in ihrer jetzigen Fassung, d. h. bei der jetzigen Verteilung der Steuerlast, mit Ausnahme der Erbschaftssteuer, nicht wesentlich anders ist, als sie nach liberalem Willen ausgesehen hätte. Dr. Arendt hat dies noch kürzlich in detaillierter Weise beleuchtet. Herr Bassermann ist auch an den bedeutungsvollen Einwendungen vorübergegangen, mit denen alte nationalliberale Veteranen, wie Freiherr Heyl zu Herrnsheim und Graf Oriola (Herr Bassermann nannte sie „verstoßene Parteigenossen!"), die Haltung der eigenen Fraktion und Partei in Sachen der Reichsfinanzreform bekämpft haben. Ihm kam es scheinbar nur darauf an, die Nationalliberalen zu glorifizieren und die Konservativen in ein möglichst schlechtes Licht zu setzen; so ungefähr wie in Kinderbüchern, wo die eine Partei schwarz, die andere weiß gemalt wird. Eine gerechte Verteilung von Licht und Schatten ist in seiner Dresdner Rede nicht zu finden; war schließlich auch nicht zu erwarten, denn Herr Bassermann spricht, wo er auftritt, ja nicht nur als Nationalliberaler schlechthin, sondern als Führer der Fraktion im Reichstage. Seine Reden sind also gleichzeitig Rechtfertigungsreden für ihn selbst, weil er es gewesen ist, der die nationalliberale Partei jetzt auf einen Weg gebracht hat, der eventuell auf die schiefe Ebene führen kann. Die Parole lautet: „Wille zur Macht". Amtsrichter Dr. Gutmann, der die Versammlung leitete, sprach diesen Gedanken offen aus und fügte auch hinzu, daß die nationalliberale Partei, um vorwärts zu kommen, ihre Kampffront nach zwei Seiten richten müsse, d. h. nicht nur gegen die Sozialdemokraten, sondern auch gegen die Konservativen in Sachsen. Der Wille zur Macht! Schön und gut: alle Parteien haben ihn und dürfen ihn in gewissem Sinne haben. Aber — und dies Aber wiegt schwer — der Wille zur Macht hat eine bestimmte Grenze. Er muß Halt machen, wo es das Wohl des Vaterlandes und die Einigkeit der bürgerlichen Reihen gilt, von der jenes bedingt ist, besonders in Sachsen, wo die Sozialdemokratie von jeher gefahrdrohend ihr Haupt emporgereckt hat. Die Art des Kampfes spielt dabei eine große Rolle: wird er zwischen den bürgerlichen Parteien loyal geführt, so mag er hingehen, denn er wird sich nicht immer ganz vermeiden lassen. Wo aber das Maß überschritten wird, und manche Erscheinungen bei uns in Sachsen weisen darauf hin, daß dies in den Wahlkämpfen geschehen ist, da ist der Vorwurf berechtigt, daß nur die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt werden. Herr Dr. Gutmann verteidigte die nationalliberale Partei zwar gegen einen derartigen Vorwurf, aber in demselben Atem behauptete er, ganz gegen alle Tatsachen, daß die konservative Partei „unter dem unheilvollen Einfluß des Bundes der Landwirte" stehe, während doch genugsam bekannt ist, daß gerade die sächsischen Konservativen stets bestrebt gewesen sind, dem Charakter Sachsens als eines Industriestaates voll und ganz Rechnung zu tragen und den gerechten Ausgleich zwischen städtischen und ländlichen Interessen zu fördern.

Die Nationalliberalen sollten doch auch wissen, daß die sächsischen Konservativen — wie die jahrzehntelange konservative Aera bewiesen hat — mit einem starken Tropfen liberalen Oeles gesalbt sind. Sonst wäre es ja kaum zu verstehen, daß, wie Herr Dr. Gutmann selbst konstatierte, Konservative und Nationalliberale so lange Zeit hindurch im engsten Bündnis miteinander gestanden haben. Jetzt soll das auf einmal alles anders sein?! Jetzt wollen die Nationalliberalen, wie der ebenerwähnte Redner so schön sagte, nicht den „Vorwurf" auf sich sitzen lassen, daß sie „nicht viel anders wie die Konservativen" seien. Seltsam, daß dann die Nationalliberalen im Verein mit den † † Konservativen noch vor nicht allzulanger Zeit das Wahlrecht zustande gebracht haben, unter dessen Zeichen heute die erste Schlacht geschlagen werden soll. Ja, ja: der Wille zur Macht richtet manchen Schaden an und verwirrt das ruhige Urteil. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht, daß in der Bassermann-Versammlung nur ganz nebenhin über innersächsische Verhältnisse gesprochen wurde, denn da wäre es allerdings schwerer gewesen, die Konservativen zu diskreditieren und künstliche Gegensätze zwischen ihnen und den Nationalliberalen zu konstruieren; da hätte man um die vielen gemeinsamen Berührungspunkte zwischen beiden Parteien in Vergangenheit und Zukunft nicht herumkommen können. Aber das hätte ja nicht in den „Zweck der Uebung" gepaßt! Man will nun einmal liberalerseits die Scheidung und den Kampf gegen die Konservativen haben, um „vorwärts" zu kommen, und da mußte von Herrn Bassermann die leidige Reichsfinanzreform noch einmal breitgetreten werden, obwohl er nicht einen Gesichtspunkt zu entwickeln wußte, dem man nicht schon in Dutzenden von nationalliberalen Zeitungsartikeln begegnet wäre. Nein, wahrlich, um dieser Weisheit willen brauchte Herr Bassermann die Reise nach Dresden nicht zu unternehmen. Aber wenn er nun schon reden mußte, hätte man doch wenigstens den Versuch erwarten können, Sachsen im Lichte der Reichspolitik betrachtet zu sehen. Herr Bassermann nahm ja für sich in Anspruch, in Berlin viel besser zu Haus zu sein wie andere Abgeordnete. Dank seiner vielgerühmten Beziehungen zum Fürsten Bülow mußte Herr Bassermann daher wissen, welche gewichtige Stimme Sachsen — namentlich auf Grund seiner Vertretung durch den Finanzminister v. Rüger und seinen damaligen Gesandten Grafen Vitzthum — im Bundesrate während der Verhandlungen über die Reichsfinanzreform gehabt hat. . . . Hierüber hätte sich Herr Bassermann vor sächsischen Wählern aussprechen können. Aber nichts von alledem!

Herr Stresemann hat infolgedessen recht daran getan, das Auftreten Bassermanns zu rechtfertigen, ja gewissermaßen zu entschuldigen. Bassermann hat auch wohl selbst das instinktive Gefühl gehabt, daß er als Nichtsachse mit seiner Rede „fehl am Orte" war und nur als Paradestück benützt werden sollte. Herr Stresemann blies in seiner Rede die üblichen nationalliberalen Fanfaren und verstieg sich in schönem, jugendlichem Ungestüm sogar zu der Behauptung, daß kein anderes Land auf deutscher Erde so geschaffen für den Liberalismus sei, wie Sachsen. Die Hoffnung soll man niemand rauben, aber die Vergangenheit spricht eine andere Sprache. Gerade Sachsen mit seiner Industriebevölkerung und seiner stark entwickelten Sozialdemokratie ist auf einen gemäßigten Konservatismus angewiesen, der überall die Autoritäten stärkt, während man vom Liberalismus in dieser Hinsicht nicht das gleiche sagen kann.

Trinkt Pfunds Milch!

Heute erfülle jeder nationalgesinnte Staatsbürger seine Wahlpflicht.

In Dresden zwischen 10 bis 6 Uhr.

Heute finden in Sachsen die Wahlen für die Zweite Ständekammer statt. Die außerordentlichen Anstrengungen, die die Sozialdemokratie diesmal in monatelanger Verhetzung gemacht hat, um möglichst viele ihrer Gesinnungsgenossen unter dem ihnen günstigeren neuen Wahlgesetze in den Landtag zu entsenden, müssen auch den Gleichgültigsten aufrütteln und zur Urne rufen. Nur wenn jeder, aber auch jeder, dem das Wohl seiner Heimat am Herzen liegt, sein Stimmrecht ausübt, wird es möglich sein, dem sozialdemokratischen Ansturm zu begegnen und mehr oder weniger schweren Erschütterungen unseres Staatswesens vorzubeugen.

Jeder Wähler beachte folgende gesetzliche

Vorschriften:

Das Wahlrecht ist persönlich. Die Stimmzettel müssen von weißem Papiere und mindestens 6 : 9 Zentimeter groß sein, auch dürfen sie kein äußeres Kennzeichen haben. Sie sind mit dem Namen des Kandidaten zu versehen, für den der Wähler stimmen will, und müssen die Person des Kandidaten so bezeichnen, daß über diese jeder Zweifel ausgeschlossen ist. Stimmzettel, die diesen Vorschriften nicht entsprechen oder welche die Namen Nichtwählbarer angeben, sind ungültig.

Die Abstimmung geht in folgender Weise vor sich: Wer seine Stimme abgeben will, tritt an den Tisch des Wahlvorstandes und zeigt seine Einladung zur Wahl vor oder nennt, wenn er keine Einladung erhalten oder diese nicht mitgebracht hat, seinen Namen und seine Wohnung. Der Protokollführer sucht den Namen des Wählers in der Liste auf, worauf diesem ein seiner Stimmenzahl entsprechender amtlich abgestempelter Umschlag ausgehändigt wird.

Der Wähler mit vier Stimmen erhält einen blauen Umschlag mit dem Aufdrucke A;

der Wähler mit drei Stimmen einen grünen Umschlag mit dem Aufdrucke B;

der Wähler mit zwei Stimmen einen gelben Umschlag mit dem Aufdrucke C;

der Wähler mit einer Stimme einen weißen Umschlag mit dem Aufdrucke D.

SLUB Wir führen Wissen.